



**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**



Foto: Zejko Luknic

FLUCHT!

Flüchtlinge bei Brezice in Slowenien auf dem Weg zum Grenzübergang nach Österreich (Oktober 2015)

Die Herausforderung bewältigen

Die Unruhe wächst, der Ton wird rauer, die politischen Kontroversen nehmen an Schärfe zu. Politik und Gesellschaft in Deutschland und Europa stehen vor Herausforderungen, die möglicherweise die des deutschen Einigungsprozesses noch übertreffen. Es sind jedoch bisher beherrschbare Situationen und Aufgaben, deren Bewältigung auch über die nächsten Monate hinaus im Bereich unserer politischen Gestaltungsmöglichkeiten liegt.

Die Epochendramen spielen sich anderswo ab: 59,5 Millionen Flüchtlinge weltweit, davon 38,2 Millionen Binnenflüchtlinge – so stellte sich nach den Angaben des UNHCR, des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen, Ende 2014 die Situation dar, die schlimmste seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Laufe des Jahres 2015 hat sich die Lage weiterhin verschärft. Bis Ende Oktober sind allein aus Syrien mehr als 4,1 Millionen Menschen geflohen.

Den normativen Rahmen zum Umgang mit Flüchtlingen setzen internationale Konventionen, allen voran die Genfer Flüchtlingskonvention. Nach ihr sind Flüchtlinge Menschen, die ihre Heimat verlassen, weil sie wegen ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung verfolgt sind. Ihnen soll im Land ihres Aufenthaltes Schutz gewährt werden.

→ weiter auf [Seite 3](#)



Foto: Ahmed Muhammed Ali



Foto: Miro May



Foto: Heinrich Pützler

Schwerpunkt Flucht und Migration

- Klimaflüchtlinge → [Seite 5](#)
- Situation in Syrien → [Seite 6](#)
- Situation in Deutschland/NRW → [Seite 8/10](#)

Internationales

- 2030-Agenda der UN → [Seite 12](#)
- Rezension: Poor Economics → [Seite 17](#)
- Netzwerk „The Global Experience“ → [Seite 22](#)

NRW

- Biber in Nordrhein-Westfalen → [Seite 14](#)
- KlimaExpo.NRW → [Seite 16](#)
- Organisationsporträt LNU → [Seite 20](#)

FLUCHT!

→ Fortsetzung von Seite 1

An der Spitze der Länder, die Menschen verlassen haben oder innerhalb derer sie geflohen sind, stehen Syrien, Irak, DR Kongo, Afghanistan und Sudan.

Fluchtursachen

Aus Syrien fliehen Menschen vor den Mörderbanden des „Islamischen Staats“, mehr aber noch vor dem nun schon vier Jahre andauernden Krieg des Assad-Regimes gegen das eigene Volk (s. Beitrag S. 6/7). Auch aus dem Irak, Afghanistan, dem Kongo, Sudan, Südsudan, Somalia und der Zentralafrikanischen Republik fliehen die Menschen vor Krieg, Terror und Perspektivlosigkeit. In Myanmar sind die muslimischen Rohingya einer Kampagne der ethnischen Säuberung durch Angehörige der buddhistischen Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt. In Eritrea herrscht eine der brutalsten Diktaturen in ganz Subsahara-Afrika.

Noch sind es nicht die prophezeiten großen Desaster des Mensch-Natur-Verhältnisses, die Völkerwanderungen verursachen: Klimawandel, Wassermangel, Landdegradation etc. Prognosen über mehrere 100 Millionen Klimaflüchtlinge beziehen sich erst auf die Jahre vor 2050 (s. Beitrag S. 5). Nein, die derzeitigen apokalyptischen Reiter sind vor allem umfassende Defizite menschlicher Sicherheit – Folgen verantwortungsloser militärischer Interventio-

nen, transnationaler Kriege, Bürgerkriege, des Staatszerfalls, religiös oder ethnisch aufgeladenen Terrors und diktatorischer Regimes.

Hinzu kommt ein internationales Staatensystem, das massenhafte Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozide zulässt. Die Vereinten Nationen sind durch die jeweiligen interessengeleiteten Einsprüche der Vetomächte des Sicherheitsrates kaum handlungsfähig. Oder die UN-Friedensmissionen sind nicht mit dem Mandat, den Waffen und den Truppen ausgestattet, die sie für eine erfolgreiche Wahrnehmung ihrer Aufgabe brauchten.

Natürlich stößt man in den Ursachenketten der großen Katastrophen auch auf Interessenkonflikte und Veränderungen ökonomischer Verhältnisse. Aber die wären durch verantwortungsvolle Politik, nationalen gesellschaftlichen und internationalen Interessenausgleich und, wenn nötig, auch durch energisches militärisches Eingreifen von hinreichend ausgestatteten Friedenstruppen zu bewältigen.

Aufnahmeländer

In der Türkei hielten sich Anfang Oktober nach der Statistik des UNHCR 2.027.000 Syrienflüchtlinge auf, im Libanon waren es 1.078.000, in Jordanien 629.000. Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von Flüchtlingen, die nicht registriert wurden. Die Lasten, die diese Länder tra-

gen, kann man erst ermessen, wenn man die Flüchtlingszahlen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl setzt. Im Libanon kamen Ende 2014 bereits unfassbare 239.099 Syrienflüchtlinge auf eine Million Einwohner, in Jordanien waren es 95.297. Nach Europa kamen zwischen April 2011 und September 2015 insgesamt etwa 513.000 Syrienflüchtlinge. Auch unter Einrechnung der Flüchtlinge aus anderen Ländern sind die Herausforderungen, die wir bisher zu bewältigen hatten, nicht vergleichbar mit jenen der Nachbarländer Syriens.

Etwa 744.000 Menschen überquerten 2015 von der Türkei oder von der afrikanischen Küste aus das Mittelmeer. Die Zahl der dabei zu Tode gekommenen schätzt das UNHCR auf 3.400. In Griechenland kamen 601.000 Menschen an, allein im Oktober waren es 210.000.

Flüchtlingspolitik der EU

In der Europäischen Union haben die nationalen Binnengrenzen mit der Errichtung des Schengen-Raumes an Bedeutung verloren. Die Kontrolle der Einreise von Nicht-EU-Bürgern und ihre Begrenzung sollte damit auf die Außengrenzen verlagert werden. Bereits 1999 hat die EU das Grundkonzept eines „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS) entwickelt und 2004 weiterentwickelt. Mit ihm sollte ein einheitliches Asylverfahren mit einem unionsweit gültigen Rechtsstatus etabliert werden. Verschiedene Verordnungen und Richtlinien operationalisieren das Ganze. Mit den Verordnungen „Dublin-II“ (seit März 2003) und „Dublin-III“ (seit Juli 2013) wird unter anderem geregelt, dass derjenige Staat für die Registrierung, Erstaufnahme und schließlich das Asylverfahren zuständig ist, über den ein Asylsuchender in die EU einreist.

Die derzeitige Situation zeigt, dass das nicht funktioniert. Staaten wie Griechenland sind hoffnungslos überfordert. Mit Verweis auf „Dublin-II“ weigerten sich in den vergangenen Jahren die nördlichen EU-Staaten (auch Deutschland), Malta, Italien, Spanien, Griechenland und Ungarn bei der Bewältigung der Massen von Flüchtlingen zu entlasten.

Eines der wichtigsten Instrumente zum Schutz der Außengrenzen ist die „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an



Foto: Andree Kaiser

Spielende Kinder in einem Flüchtlingslager in Syrien

→ weiter auf Seite 4

239.099

den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“, kurz „Frontex“ genannt. Sie soll unter anderem Risiko- und Gefahrenanalysen erstellen, die operative Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Sicherung der Außengrenzen koordinieren und ihnen bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten sowie in besonderen Stresssituationen und bei Abschiebungen helfen.

EU: Viel Technik

Zur technischen Unterstützung der Grenzüberwachung wird seit 2013 das System Eurosur („European border surveillance system“) entwickelt, bei dem Drohnen, Offshore-Sensoren, hochauflösende Kameras und Satellitensysteme eingesetzt werden. So will man laut EU „Risiken an den Grenzen Europas aufdecken“, Boote möglichst schon aufspüren, bevor sie in See stechen, und Menschen aus Seenot retten.

Im Mai 2015 hat der Europäische Rat außerdem die Einrichtung der „European Union Naval Force – Mediterranean“ (EU NAVFOR Med) beschlossen. Ihre Aufgabe ist „die Aufklärung und Überwachung von Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzen im südlichen zentralen Mittelmeer“. Dazu sollen auch Seeaufklärungstruppen eingesetzt werden. Nach Zustimmung des UN-Sicherheitsrates oder der libyschen Regierung sollen diese Truppen auch verdächtige Boote in libyschen Hoheitsgewässern auf-

bringen, mutmaßliche Schleuser festnehmen und die Boote zerstören dürfen. 20 europäische Staaten sind daran beteiligt, die Bundesmarine stellt drei Kriegsschiffe.

Ein weiteres technisches Instrument der EU ist das System „EURODAC“ zur europaweiten Registrierung und zentralen Speicherung von persönlichen Daten und Fingerabdrücken von Asylsuchenden. So will man den Missbrauch des Asylrechts verhindern, etwa die erneute Einreise bereits Abgeschobener oder den mehrfachen Leistungsbezug unter verschiedenen Namen. Die EU setzte sich dabei jedoch über datenschutzrechtliche Einwände hinweg, denn auch Polizeibehörden und andere Sicherheitsorgane können ohne konkreten Verdacht auf diese Daten zugreifen.

Wenig Solidarität

Die supranationalen Strukturen der Europäischen Union erweisen sich als bedenklich schwach. Es gelingt immer weniger, die gemeinsamen Prinzipien und beschlossenen Regelungen durchzusetzen und die Herausforderungen europäisch zu schultern.

Griechenland und die Länder des Westbalkans haben bisher vor allem versucht, die Flüchtlingsströme irgendwie nach Nordwesten weiterzuleiten. Familien mit kleinen Kindern, alte Leute, Behinderte und durch das Kriegsgeschehen traumatisierte Menschen werden gezwungen, tagelang in Dreck, Regen und Kälte und unter unmenschlichen sanitären Verhältnissen auszuharren.

Verabredungen zur Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Länder kommen nur zäh zustande und werden anschließend sabotiert. Einige Länder haben bisher nur wenige Erfahrungen mit Menschen anderer kultureller Prägung gemacht. Fremdeheit macht Angst. Nationalistische Reflexe und unverhohlenen xenophobe Reaktionen treten in vielen Ländern

in den Vordergrund. Rechtsnationale Parteien erringen mit offen fremdenfeindlichen, nationalistischen, antimuslimischen und auch anti-europäischen Ressentiments Wahlerfolge. Die Militarisierung und Technisierung auf europäischer Ebene wird national fortgesetzt durch Hunderte Kilometer lange Sperranlagen und die Massierung von Polizei und Militär an den nationalen Grenzen. All dies kann die Menschen letztlich nicht aufhalten, sondern nur ihr Leid vergrößern.

Was ist zu tun?

Die Hauptaufgabe wird in den nächsten Monaten sein, Quartiere für die Flüchtlinge bereitzustellen. Das ist ein beträchtliches Problem, besonders da in vielen Gegenden Westdeutschlands der Wohnungsmarkt sowieso unterversorgt ist. Überlegungen, möglichst viele Flüchtlinge in ostdeutschen Städten mit hohem Wohnungsleerstand unterzubringen, sind angesichts der dortigen größeren Vorbehalte und höheren Quoten an Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern sicherlich keine gute Idee. Aber in Westdeutschland stehen Millionen von Quadratmetern in Gewerbeimmobilien leer. Hamburg und Bremen haben kürzlich den Weg dafür frei gemacht, solche Immobilien beschlagnahmen zu können. Das ist in der gegenwärtigen Situation sicher ein richtiger Weg. Weitere Aufgaben sind die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge und die Organisation von Sprachkursen.

Für die Flüchtlinge ist das größte Problem sicherlich die elend lange Dauer ihrer Asylverfahren und der Zwang, in Asylunterkünften mit Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur unter sehr beengten Verhältnissen auszuharren zu müssen, in Ungewissheit und ohne Arbeit. Das wird sich nicht ohne Probleme und Konflikte vollziehen.

Im weiteren Zeithorizont wird es darum gehen, regulären Wohnraum bereitzustellen und die Integration in die Bildungssysteme und in das Arbeitsleben zu organisieren. All das wird einiges Geld kosten und von den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen Geschick, Effektivität und vor allem Geduld erfordern. Einem der reichsten Länder Europas mit einer prosperierenden Wirtschaft sollte das aber gelingen.

Eberhard Neugebohm

95.297

Syrienflüchtlinge pro 1 Million Einwohner



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Stand September 2015